

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

12. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau der Stadt Haan

am Dienstag, dem 06.09.2022 um 17:00 Uhr
in der Aula des Schulzentrum Walder Strasse

Beginn:
17:00

Ende:
19:45

Vorsitz

Stv. Jörg Dürr

CDU-Fraktion

AM Robert Abel

Stv. Annette Braun-Kohl

Stv. Gerd Holberg

AM Barbara Leibelt

Stv. Jens Lemke

Vertretung für AM Wolfram Lohmar

Vertretung für Stv. Annette Leonhardt

Bis TOP 13

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Marion Klaus

AM Sandra Niklaus

WLH-Fraktion

AM Sascha Borntträger

Stv. Meike Lukat

Stv. Tessa Lukat

Vertretung für AM Ernst Adam

GAL-Fraktion

AM Jens Englich

Stv. Andreas Rehm

Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

AM Reinhard Zipper

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Vertreter des Jugendparlamentes

2 Vertreter_innen

Schriftführung

TA Sabine Scharf

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

Techn. Beigeordnete

Techn. Beigeordnete Christine-Petra
Schacht

Verwaltung

TA Jens Gabe

TA Rainer Schmitz

StBR Martin Stolz

Der/Die Vorsitzende Jörg Dürr eröffnet um 17:00 Uhr die 12. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau der Stadt Haan. Er/Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er/Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

- 1./ **Bürgerantrag vom 18.02.2022**
hier: **Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 54a,**
2. Änderung im Bereich Becherbanden nach § 13 BauGB im vereinfachten
Verfahren
Vorlage: 61/047/2022
-

Protokoll:

StBR Martin Stolz stellt zu Beginn nochmals die durch das beantragte Bauvorhaben voraussichtlich erreichte GRZ 1 und GRZ 2 dar, welche bereits im Protokoll zum SPUBA vom 17.05.2022 nachzulesen waren.

Stv. Jens Lemke führt für die CDU-Fraktion aus, dass diese den Antrag aufgrund des durch die Verwaltung aufgezeigten hohen Versiegelungsgrades nicht mittragen könne.

Stv. Walter Drennhaus hält fest, dass der Antragsteller nunmehr zwar eine Erschließung von der Kampfstraße vorsehe, eine Überschreitung der Grundflächenzahlen von 0,4 bzw. 0,6 aber nicht mitgetragen werde.

Stv. Meike Lukat kann verstehen, dass seitens des Antragstellers eine maximal mögliche Bebauung gewünscht wird, es müsse aber eine Interessensabwägung auch zu den durch die angrenzenden Nachbarn geäußerten Aspekten erfolgen. Die WLH-Fraktion kann dem Antrag daher nicht zustimmen.

AM Reinhard Zipper kann für die FDP-Fraktion dem Antrag aufgrund der zu großen Überschreitungen der GRZ ebenfalls nicht zustimmen.

Da sich in allen Wortmeldungen gegen das beantragte Bauvorhaben ausgesprochen wurde, lässt **der Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** nur über den Beschlussvorschlag B

abstimmen.

Beschluss:

Alternative B:

Dem Anliegen des Antragsstellers auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54a,
2. Änderung wird nicht stattgegeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
13 ja / 0 Enthaltungen / 3 Nein

**2./ Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für den Teilbereich
Innenstadt der Stadt Haan hier: Beschluss des Einzelhandelskonzeptes
als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 (6) Nr. 11 BauGB
Vorlage: 61/053/2022**

Beschluss:

Die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für den Teilbereich Innenstadt der Stadt Haan, bestehend aus den übergeordneten Zielen zur Innenstadtentwicklung und der Bewertung der Potenzialstandorte in seiner Fassung vom 06.01.2022 bzw. 17.01.2022, wird gemäß § 1 (6) Nr. 11 BauGB als städtebauliches Entwicklungskonzept beschlossen. Die Abgrenzung des zentralen Versorgungsbereiches wird entsprechend der vorgeschlagenen Anpassungen geändert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**3./ Bebauungsplan Nr. 203 "Böttinger Straße, Zum Alten Güterbahnhof" als
Bebauungsplan der Innenentwicklung gem § 13a BauGB
hier: Beschluss zur öffentlichen Auslegung, § 3 (2) BauGB
Vorlage: 61/054/2022**

Protokoll:

Stv. Andreas Rehm erläutert, dass seiner Ansicht nach die westliche Wand des ehemaligen Baumarktes schallabsorbierend ausgeführt werden müsste, um Schallreflexionen der Bahnimmissionen auf die gegenüberliegende Wohnbebauung auszuschließen. Dies sei nicht untersucht und im Bebauungsplan festgesetzt worden. Zudem beantragt er für die GAL-Fraktion sowohl das ausnahmsweise Wohnen für Betriebsleiter und Aufsichtspersonen sowie ausnahmsweise zulässige Betriebe des Beherbergungsgewerbes für nicht zulässig zu erklären, da die Fläche für Wohnnutzungen, wie es in den vorherigen Sitzungen auch dargestellt wurde, nicht geeignet ist. Des Weiteren kritisiert er, dass auf dem Bestandsgebäude keine Dachbegrünung angelegt wird. Die GAL-Fraktion beantragt zudem, dass die großen Bäume auf dem bestehenden Parkplatz erhalten und im Bebauungsplan gesichert werden.

Stv. Meike Lukat führt aus, dass eine Mischnutzung im Ausschuss aufgrund der bestehenden Immissionen abgelehnt wurde. Sie fragt nach, ob im Rahmen einer zukünftigen Baugenehmigung der Schallschutz für „Wohnnutzungen“ erneut gutachterlich nachgewiesen werden müsse.

Stv. Jens Lemke sieht keinen zwingenden Grund, Betriebsleiterwohnen auszuschließen, bzgl. der Hotels könne dem Antrag der GAL gefolgt werden.

StBR Martin Stolz teilt mit, dass das Unternehmen derzeit nicht plane, alle Flächen zu bebauen, sondern im Südwesten Teilflächen sogar entsiegeln möchte. Insgesamt ermöglicht der neue Bebauungsplan weniger Versiegelung als der alte Bebauungsplan Nr. 121b. Um langfristig gewerbliche Entwicklungsmöglichkeiten für das Unternehmen oder zukünftige Unternehmen zu sichern, wurde die Baugrenze nach Süden erweitert, wie es dem Ausschuss im Juni 2021 im Rahmen einer Mitteilung auch vorgestellt wurde. Das Unternehmen habe zudem bereits die ehemaligen Parkplatzflächen westlich des alten Baumarktgebäudes mit Bäumen bepflanzt. Bzgl. des Betriebsleiterwohnens gibt er zu bedenken, dass diese ja nur ausnahmsweise zulässig sind und üblicherweise in Haaner Gewerbegebieten auch für ausnahmsweise zulässig erklärt werden. Im Rahmen der Baugenehmigung müsse für das Betriebsleiterwohnen und für Beherbergungsbetriebe der ausreichende Schallschutz nachgewiesen werden, ansonsten könne die Ausnahme

nicht erteilt werden.

Stv. Walter Drennhaus kann für die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen. Auch der Errichtung einer Betriebsleiterwohnung könne gefolgt werden. Er fragt nach, warum man die Errichtung einer Photovoltaikanlage nicht vorschreibe.

Stv. Andreas Rehm betont erneut, dass mit der Zulassung von Wohnnutzungen die Nutzungsmöglichkeiten im GE begrenzt werden. Er fragt nach, ob das bestehende Dach des Baumarktes als Ausgleich nicht mit einer Dachbegrünung versehen werden könne.

StBR Martin Stolz führt aus, dass eine Dachbegrünung nur für zukünftige Gebäude vorgesehen ist. Eine Dachbegrünung auf dem Bestandsgebäude ist im Sinne des Bestandsschutzes nicht vorgesehen.

TA Sabine Scharf ergänzt, dass die Festsetzung einer Dachbegrünung für das Bestandsgebäude im Bebauungsplan nicht möglich ist, da dieses eine rechtskräftige Baugenehmigung habe. Regelungen hierzu wären ggf. über vertragliche Vereinbarungen möglich.

Stv. Walter Drennhaus beantragt, dass seitens des Projektträgers nochmals die Errichtung von Photovoltaik auf den bestehenden Dachflächen geprüft werden solle und sich dieser hierzu ggf. im Rahmen einer Selbstverpflichtung bindet.

Änderungsanträge der GAL zum Beschlussvorschlag:

1. Im Bebauungsplan wird festgesetzt, dass Betriebsinhaber / Betriebsleiterwohnungen bzw. Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen nicht zulässig sind.
2. Im Bebauungsplan wird festgesetzt, dass Betriebe für das Beherbergungsgewerbe nicht zulässig sind.
3. Die bestehenden Bäume auf der Parkplatzfläche des ehemaligen Baumarktes werden zur Erhaltung festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

zu Änderungsantrag 1.:
bei Stimmgleichheit abgelehnt
8 ja / 0 Enthaltungen / 8 Nein

zu Änderungsantrag 2.:
mehrheitlich beschlossen

11 Ja / 0 Enthaltungen / 5 Nein

zu Änderungsantrag 3.:

mehrheitlich beschlossen

11 Ja / 0 Enthaltungen / 5 Nein

Ergänzungsantrag der SPD:

Der Projektträger wird gebeten, die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Bestandsgebäude zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Beschluss nach Vorlage:

1. „Dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 203 „Böttingerstraße, Zum Alten Güterbahnhof“ in der Fassung vom 07.07.2022 mit seiner Begründung in der Fassung vom 02.08.2022 wird unter Berücksichtigung *der beschlossenen Änderungen* zugestimmt. Das Plangebiet befindet sich in Haan (Gemarkung Haan, Flur 30). Es umfasst die Flurstücke 384, 388, 390, 392, 394, 398 und 403. Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung zu entnehmen.
2. Der beschlossene Entwurf mit seiner Begründung sowie die nach Einschätzung der Stadt Haan wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind gemäß § 3 (2) BauGB in Verbindung mit § 13a bzw. § 13 BauGB öffentlich auszulegen.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

13 Ja / 3 Enthaltungen / 0 Nein

**4./ Integriertes Handlungskonzept Innenstadt Haan (InHK)
Hier: Arrondierung von Teilmaßnahmen aufgrund Baukostenentwicklung
Vorlage: 70/017/2022**

Protokoll:

TA Jens Gabe erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation den Stand der Planung zum integrierten Handlungskonzept. Die Präsentation ist dem Ratsinformationssystem zu entnehmen.

Stv. Andreas Rehm führt für die GAL-Fraktion aus, dass diese heute keinen Beschluss fassen kann. Aus der Bevölkerung würde die GAL zudem immer wieder darauf angesprochen, warum der Alte Markt überhaupt saniert werden oder ein von der Bevölkerung angenommener Brunnen ausgetauscht werden müsse. Ob und welche Fördermittel zukünftig zur Verfügung stehen sei zudem völlig unklar. Er hinterfragt, ob die beschriebene Vorgehensweise tatsächlich die einzige Lösung sei.

Technische Beigeordnete Christine-Petra Schacht führt aus, dass die Planungen für den Alten Markt schon sehr weit vorangeschritten sind. Der Brunnen müsse zwingend erneuert werden, da die Brunnenstube nicht mehr funktionstüchtig ist und bereits für dieses Jahr nur notdürftig repariert werden konnte. Die Verwaltung habe intensiv mit dem Fördermittelgeber diskutiert und ist sehr froh, dass nunmehr die vorhandene Fördersumme auch für eine kleinere Fläche zur Verfügung stehe. Der Neue Markt stelle mit seinen hohen Pflasteranteilen einen Hauptkostenfaktor da. Zudem bestehe hierdurch nunmehr die Möglichkeit, die Anforderungen zum Klimaschutz (Schwammstadt) und zur Nachhaltigkeit mit in die Planung einzubeziehen. Eine Bauausführung ist zudem erst im Zusammenhang mit dem Rathausneubau sinnvoll, um Schäden durch den Baustellenverkehr auszuschließen. Mit dem vorhandenen Mitteln ist dies nicht umsetzbar.

Der Vertreter des Seniorenbeirates, **Herr Karlo Sattler** begrüßt die angedachte Vorgehensweise und die Aufnahme des Bereichs Friedrichstraße / Mittelstraße in das Plangebiet. Der Umbau des Alten Marktes sei insbesondere für Menschen mit Handicap von großer Bedeutung.

Stv. Meike Lukat teilt mit, dass die WLH-Fraktion froh über das erzielte Abstimmungsergebnis ist. Die Planungen zum Neuen Markt sollten aber nicht auf die lange Bank geschoben werden. Zudem sollten in diesem Verfahren die Anregungen der Bürger aus den Bürgerbeteiligungen zum InHK Berücksichtigung finden wie z.B. die „Essbare Gartenstadt“. Sie verweise in diesem Zusammenhang auf die 1. Innenstadtkonferenz am 10.06.2014. Diese Ideen sollten mit aufgegriffen und die Vorlage zum Haupt- und Finanzausschuss entsprechend modifiziert werden.

AM Reinhard Zipper kann für die FDP-Fraktion der Arrondierung zustimmen. Es werde zudem anerkannt, dass der Neue Markt herausgenommen werden muss. Die Qualitäten sollten nicht geändert werden.

Stv. Jens Lemke teilt mit, dass die CDU-Fraktion der vorgestellten Vorgehensweise folgen könne. Er gehe davon aus, dass es neue Förderprogramme geben werde. Die Planung sollte jedoch zeitnah begonnen werden.

Stv. Annette Braun-Kohl bittet bzgl. der Haltbarkeit des Granits nochmal um Information. Zudem fragt sie nach, ob das Plangebiet nicht auf die Gehwegbereiche zwischen der Bushaltestelle Alter Markt und dem Sparkassenvorplatz ausgeweitet werden könne.

TA Jens Gabe antwortet, dass Granit das beste und haltbarste Material auch insbesondere unter Berücksichtigung der Lasten im Rahmen der Kirmes sei. Die hohen Kosten hierfür ergeben sich jedoch nicht allein durch das Material, sondern auch durch den erforderlichen Unterbau. Bzgl. der Erweiterung des Plangebietes müsste konkreter geprüft werden, ob das Mosaikpflaster noch in den verbleibenden Kostenrahmen aufgenommen werden könnte.

Technische Beigeordnete Christine-Petra Schacht ergänzt, dass die Verwaltung diesen Hinweis prüfen werde und bei ausreichenden Mitteln, die Erweiterung sinnvoll sei. Zudem teilt sie mit, dass im näheren Umgebungsbereich des Alten Marktes interimswise Fahrradabstellplätze eingerichtet werden sollen bis der gesamte angrenzende Bereich der Rathaus-Kurve überplant worden ist.

Stv. Walter Drennhaus teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese die neue Aufteilung und die intensive Abstimmung mit dem Fördermittelgeber begrüße.

Stv. Meike Lukat bittet darum, dass im HFA dargelegt wird, welche Förderprogramme für die Umsetzung von Maßnahmen in der Innenstadt derzeit angeboten werden.

Beschluss:

1. Der in der Anlage unter 1.) dargestellten Arrondierung von Teilmaßnahmen an der Kreuzung Mittelstraße / Diekerstraße / Friedrichstraße wird zugestimmt.
 2. Die Teilmaßnahmen Platzfläche Neuer Markt und Straße Neuer Markt, wie unter Punkt 2.) der Anlage dargestellt, werden aus dem aktuell laufenden Förderprogramm Integriertes Handlungskonzept (InHK) herausgelöst und im Rahmen eines neuen Förderprogramms als weiterführendes Rahmenkonzept für die Innenstadt beantragt, welches auf dem InHK aufbaut und die angrenzenden Bereiche mit Rathaus-Neubau und Schillerpark unter den Aspekten Schwammstadt und Anpassung an den Klimawandel mit betrachtet.
 3. Im Rahmen der baulichen Umsetzung der Teilmaßnahme „Alter Markt“ wird
-

der in der Anlage unter Punkt 3.) dargestellte Bereich aufgrund der sich noch nicht abschließend verifizierten Rahmenbedingungen (Gestaltung der Rathauskurve) zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Durch die GAL wurde Beratungsbedarf angemeldet. Es erfolgt daher keine Beschlussfassung.

5./ Neugestaltung Grünzug Haaner Bachtal Hier: Kostenentwicklung Vorlage: 70/016/2022

Protokoll:

Stv. Andreas Rehm fragt nach, ob sich der Projektzeitplan nochmals nach hinten verschoben habe.

Technische Beigeordnete Christine-Petra Schacht führt aus, dass dieser sich natürlich verschoben habe, weil nochmals intensiv Einsparpotentiale gesucht und abgestimmt worden sind. Die Ausschreibung werde nunmehr aber zeitnah auf den Weg gebracht.

Stv. Walter Drennhaus bittet um Auskunft, wie mit dem Sachverhalt umgegangen werde, dass sich der Fördermittelgeber bzgl. der zusätzlichen Kosten noch in der Prüfung befinde.

Technische Beigeordnete Christine-Petra Schacht erläutert, dass durch den Fördermittelgeber als Zwischenbericht mitgeteilt wurde, dass derzeit keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen. Am Ende des Jahres könnten jedoch durch andere Kommunen Fördermittel zurückgegeben werden und dann müsse geprüft werden, ob zusätzliche Fördermittel für die Stadt Haan zur Verfügung gestellt werden können. Ansonsten müsste entsprechend nachgesteuert werden. Weitere Einsparpotentiale werden seitens der Verwaltung nicht gesehen, ohne das Förderziel der Maßnahme in Frage zu stellen.

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**6./ Information zum Container-Interim Walderstraße und Information zur Umlegung des Wanderweges A1
hier: Kenntnisnahme durch die Politik
Vorlage: 65/033/2022**

Protokoll:

Stv. Jens Lemke fragt nach, ob es aufgrund der hohen Mietkosten nicht sinnvoll wäre, über einen Ankauf von Containern nachzudenken.

TA Rainer Schmitz antwortet, dass perspektivisch kein Bedarf für weitere Container gesehen werde und sich deshalb für das Mietmodell entschieden wurde.

Beschlussvorschlag:

Die Politik nimmt die Ausführungen

1. zum Container-Interim Walder Straße
 2. zur Umlegung des Wanderweges A1
- zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**7./ Flüchtlingsunterbringung auf dem städtischen Grundstück an der Kampheider Straße
Vorlage: II/027/2022**

Protokoll:

Stv. Andreas Rehm führt aus, dass die GAL-Fraktion heute erwartet hätte,

konkretere Ausführungen zur Quellverlegung und zur genauen Lage vorgestellt zu bekommen.

Technische Beigeordnete Christine-Petra Schacht erläutert, dass hierfür eine Rückfrage bei den Kollegen des Tiefbauamtes erforderlich sei. Sie sagt eine schriftliche Beantwortung zum HFA zu.

Stv. Gerd Hohlberg regt an, dass im Rahmen der Planung die Anlage eines Fußweges auf der westlichen Kampheider Straße geprüft werden solle, wie es in den beigefügten Abbildungen dargestellt ist.

Technische Beigeordnete Christine-Petra Schacht antwortet, dass es sich bei der benannten Abbildung nur um eine Systemskizze handele. Die Anregung werde aufgenommen und müsse im Rahmen der weiteren Planung geprüft werden.

Stv. Meike Lukat verweist bzgl. des Quellbereichs auf die Ausführungen der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umwelt (AGNU) im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 180.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt „Flüchtlingsunterkunft Kampheider Str.“ in den Projektplan des Gebäudemanagements aufzunehmen und bis zur Planungsphase LPH 3 bzw. 4 (Entwurfsplanung mit Kostenberechnung gem. DIN276 bzw. Baugenehmigungsreife) weiter zu planen. Voraussetzung für eine zeitnahe Planung auf der Basis der anliegenden Projektskizze mit Stand 08/22 (Vorentwurfsstand gemäß LPH 2 mit Kostenschätzung) ist das Vorhandensein freier Personalkapazitäten bzw. ggfs. - im Falle einer Priorisierung - die Zurückstellung eines anderen Projektes des Projektplans. Ziel ist eine Realisierung des Projektes, sobald eine gesicherte Finanzierung u.a. durch Landes- oder Bundesmittel gegeben ist.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
9 Ja / 4 Nein / 3 Enthaltungen

8./ Neubau Feuerwehrgerätehaus Gruitzen
hier: Baubeschluss
Vorlage: 65/030/2022

Protokoll:

Stv. Andreas Rehm kritisiert für die GAL-Fraktion, dass der Auftrag an einen Totalunternehmer vergeben werden soll. In der Vergangenheit habe sich gezeigt, dass hier nur ein geringer Rücklauf erfolge und somit kein oder kaum Wettbewerb stattfinde. Zudem seien diese in der Regel um 10% teurer. Gemäß Rückfrage bei entsprechenden Unternehmen, würden diese keine Festpreise mehr anbieten, sodass dieser Vorteil einer Vergabe an einen Totalunternehmer nicht zum Tragen käme. Bei der bestehenden Haushaltslage sei die Kostenerhöhung um 10% nicht zielführend. Er stelle daher für die GAL-Fraktion den Antrag, dass die Vergabe nicht über einen Total- oder Generalunternehmer erfolgt. Des Weiteren beantragt die GAL, dass das Gebäude im Sinne der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes als KfW-EH40 Gebäude errichtet wird. Hierfür könne die Stadt über die Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude einen Zuschuss von 12,5% erhalten.

TA Rainer Schmitz führt hierzu aus, dass die aktuelle Marktlage derzeit insgesamt sehr schwierig ist und sich die Frage stelle, ob überhaupt ein Anbieter gefunden werden kann. Bei der Ausschreibung für die Mensa der neuen Gesamtschule sei dies gelungen. Zwar sei es schwierig derzeit Pauschalpreise zu erzielen, gemäß der VOB ergäben sich bei Preissteigerungen im Planungsverlauf aber Anpassungsmöglichkeiten. Die Planung der Feuerwehr habe zudem bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine hohe Qualität, sodass weitere Planungsleistungen nicht erforderlich sind. Hierdurch ergebe sich zudem ein Zeitgewinn von drei bis vier Monaten. Zudem könne das Projekt ohne die komplette Übernahme der Steuerungsleistungen derzeit aufgrund der nicht vorhandenen Kapazitäten bei Amt 65 nicht umgesetzt werden. Des Weiteren führt er aus, dass der KfW-Standard EH40 für ein nur temporär genutztes Gebäude nicht sinnvoll erscheint, da hier ein deutlich geringerer Energieverbrauch vorliege. Demgegenüber müsse für ein KfW-40 Gebäude ein deutlich höheres Invest von ca. 1 Mio. Euro aufgewendet werden, welches um ca. 600.00 Euro durch die benannte Förderung reduziert werden könne.

Stv. Andreas Rehm erwidert, dass bei einem Invest von 5,66 Mio. Euro eine Förderung von ca. 707.000 € möglich sei. Zudem lohne sich jeder Invest in Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Die erforderliche Zertifizierung werde zudem separat gefördert.

Stv. Robert Abel stellt für die CDU-Fraktion fest, dass es Ziel sei, eine möglichst zeitnahe Verwirklichung des Projektes zu erreichen.

Stv. Meike Lukat teilt für die WLH-Fraktion mit, dass diese dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen werde, um das Projekt schnellstens auf den Weg zu bringen.

Stv. Walter Drennhaus führt aus, dass die SPD-Fraktion über die hohen Baukosten erschrocken sei, dem Beschlussvorschlag aber zustimmen werde.

Änderungsanträge der GAL-Fraktion zum Beschlussvorschlag:

1. Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses wird als KfW-EH40 Gebäude umgesetzt.
2. Die Vergabe erfolgt nicht über einen General- oder einen Totalunternehmer.

Abstimmungsergebnisse zu den Änderungsanträgen:

zu Änderungsanträgen 1.:

mehrheitlich abgelehnt

3 Ja / 13 Nein / 0 Enthaltungen

zu Änderungsantrag 2.:

mehrheitlich abgelehnt

3 Ja / 13 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss gemäß Vorlage:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung des Projektes im Rahmen eines TU-Vergabeverfahrens durchzuführen.

Die hierfür notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von geschätzten 5.660.000,00 € brutto werden in den Haushalt 2023 unter dem Produkt 020410.785100 unter der Investitionsnummer 32420003.1 angemeldet.

Bedingt durch die derzeitige Marktlage ergibt sich – nach derzeitigem Kenntnisstand - eine Kostensteigerung gegenüber den aus Mai 2020 angemeldeten Projektkosten (von 3,35 Mio. €) um ca. 2,31 Mio. €.

Beschluss gemäß Vorlage

mehrheitlich angenommen

13 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen

**9./ Aufstockung & Umbau des 2. OG der Feuer- und Rettungswache Haan
hier: Information zum Sachstand
Vorlage: 65/031/2022**

Beschlussvorschlag:

Die Politik nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10./ Gebäudemanagement Sachstandsbericht Projekte

Vorlage: 65/032/2022

Protokoll:

Stv. Walter Drennhaus fragt zum Projekt Sanierung Unterkunft Deller Straße nach, ob für das Trocknen der Wäsche im Außenbereich eine wetterfeste Trockenmöglichkeit vorgesehen sei.

Ta Rainer Schmitz führt aus, dass für das Gebäude kein zentraler Waschraum mehr vorgesehen sei, sondern die Wäsche dezentral in den Räumen der Bewohner gewaschen und getrocknet werden.

Stv. Walter Drennhaus fragt nach, welche Nutzungen im 2. Bauabschnitt der Grundschule Gruiten umgesetzt werden.

TA Rainer Schmitz teilt mit, dass in diesem Bereich die Mensa, die OGS und sonstige Funktionsräume errichtet werden.

Stv. Walter Drennhaus bittet darum, dass im BSA am 21.09.2022 über die erforderlichen MLR-Anlagen berichtet wird.

Stv. Meike Lukat fragt nach, wann die Menstruationsartikelspender bestellt worden sind.

TA Rainer Schmitz teilt mit, dass dies vor gut drei Wochen erfolgt sei.

Stv. Meike Lukat fragt bzgl. des Sportplatzes Hochdahler Straße nach, ob eine Sanierung der Umkleiden und der z.T. defekten Duschen anstehe. Die Duschen hätten zudem eine sehr lange Vorlaufzeit. Zudem fragt sie nach, ob dem Verein ein Container zur Verfügung gestellt werden könne.

TA Rainer Schmitz erläutert, dass der Standort (Stromanschluss) für einen Container bereits mit der Verwaltung abgestimmt worden sei, der Container aber vom Verein selbst angeschafft werden müsse. Er verweist auf eine vertragliche

Vereinbarung zwischen Stadt und Verein, wonach dieser für Reparaturarbeiten bis zu einer Höhe von 1000,- Euro jährlich selbst verantwortlich sei. Zudem gebe es einen Pflegevertrag, wonach der Verein alle Grünpflegemaßnahmen selbst durchführen und nachweisen müsse. Grundsätzlich sei die Verwaltung bereit, Mängel, die in Ihrer Verantwortung liegen oder die zu einer Gefährdung für Leib und Leben führen abzustellen. Derzeit stehe keine Sanierung der Sanitäranlagen an, aufgrund des Alters habe die Zirkulation in den Sanitäranlagen keinen hohen Komfort.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der kommunalen Bauprojekte des Gebäudemanagements (siehe Anlage 1) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**11./ Tiefbauamt
Sachstandsbericht Projekte
Vorlage: 66/045/2022**

Protokoll:

Stv. Walter Drennhaus fragt nach, wie es mit der Sanierung der Millrather Straße aussehe.

Antwort nachträglich zum Protokoll:

Der Landesbetrieb Straßen NRW erarbeitet derzeit noch das Konzept für die Verkehrsführung für die Deckensanierung Millrather Straße. Sofern eine zeitnahe Vorlage und Abstimmung des Konzeptes erfolgt, ist eine Bauausführung noch in diesem Jahr möglich, dieses wurde seitens des Landesbetriebes aber auch nicht sicher zugesagt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der kommunalen Bauprojekte des Tiefbauamtes (siehe Anlage 1) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

12./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Jens Lemke bittet um Auskunft zu den angedachten Pflasterarbeiten am Heinhauser Weg.

Antwort nachträglich zum Protokoll:

Die Pflasterarbeiten wurden beauftragt. Gemäß aktuellem Sachstand soll die Ausführung in der 2. Oktoberwoche beginnen.

Stv. Andreas Rehm führt aus, dass der aktuellen Ausschreibung des Sommerflors zu entnehmen ist, dass das Büro Simonsen aus Dresden mit der Planung der Pflanzungen beauftragt wurde. Er bittet um entsprechende Erläuterung.

TA Jens Gabe teilt mit, dass mit der Beratung des Büros Simonsen bereits gute Erfahrungen im Bereich der Pflanzungen zu den Kreisverkehren Nordstraße und Haaner Felsenquelle gemacht worden sind, insbesondere bzgl. der Planung von Pflanzungen im Kontext der Klimaanpassung und Hitzesommer. Aus diesem Grund wurde das Büro Simonsen auch bei der Planung des Sommerflors hinzugezogen.

AM Reinhard Zipper fragt im Zusammenhang mit den Gewerbegebietsplanungen im Bereich Gut Hahn nach, ob es für den Parkplatz Ecke Rheinische Straße / Bergische Straße eine Baugenehmigung gibt.

StBR Martin Stolz bestätigt dies. Bzgl. weiterer Informationen zur Planung im Bereich Gut Hahn verweist er auf den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

Stv. Andreas Rehm bittet um Auskunft, wann der Verleih der Lastenfahrräder startet.

Technische Beigeordnete Christine-Petra Schacht antwortet, dass das technische Dezernat noch in diesem Jahr zwei Stellplätze für Lastenfahrräder in der Innenstadt einrichten werde. Die Beantwortung der eigentlichen Anfrage falle in den Aufgabenbereich des WLKSTA und die Anfrage werde entsprechend für die Sitzung am 08.09.2022 weitergeleitet.

13./ Mitteilungen

Protokoll:

Technische Beigeordnete Christine-Petra Schacht informiert darüber, dass das Innenstadtbüro im nächsten Jahr stärker besetzt werden soll. Da das Citymanagement für das nächste Jahr nicht erneut beauftragt wurde, sollen nunmehr Informationen zu verschiedenen Themen durch die Ämter oder auch mal durch die Dezernentin im Innenstadtbüro präsentiert und diskutiert werden. Derzeit werde das Büro in der Außenwirkung und in der Ausstattung optimiert.

TA Rainer Schmitz teilt mit, dass heute sein letzter Tag in der Stadtverwaltung Haan ist und bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit.